

Der Lübecker Volksbote erscheint am Samstag jedes Werktages. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch Boten frei Haus für die zweite Augusthälfte 500 000 M. freibleibend. Einzelverkaufspreis 40 000 M.

Redaktion: Johannisstraße 46.
Fernruf 1905 nur Redaktion.
1926 nur Geschäftsstelle.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtspaltige Zeile oder deren Raum 40 000.— Mark, auswärtige 45 000.— Mark für Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 36 000 M., für Reklamen 180 000 M.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.
Fernruf 1905 nur Geschäftsstelle
1905 nur Redaktion.

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 193.

Montag, 20. August 1923.

30. Jahrgang.

Der Weg aus der Not.

II.

Die Verwirklichung des sozialdemokratischen Finanzprogramms hat von der Steuerseite her begonnen. Im Reichstag sind Gesetze verabschiedet worden, deren Zweck ist, durch einschneidende Steuermaßnahmen die Inflation zu bekämpfen. Das sozialdemokratische Finanzprogramm hatte vor allen Dingen die verdreifachte Erhebung der Vorauszahlung auf Einkommen- und Körperschaftsteuer gefordert. Während der Beratungen eines entsprechenden Gesetzes im Steuerauschuß des Reichstags trat der rapide Sturz der deutschen Mark ein. Die sozialdemokratische Fraktion bemühte sich deshalb, das Gesetz über die Vorauszahlungen auf Einkommen- und Körperschaftsteuern über ihren ursprünglichen Vorschlag hinaus der Geldentwertung anzupassen. In dem endgültigen Gesetz wurde

eine 16fache Erhebung der aufgewerteten Vorauszahlungen auf Einkommen- und Körperschaftsteuern

beschlossen, die durch Gesetz vom 9. Juli bereits auf das 25- bzw. 35fache der vierteljährlichen Steuerschuld des Jahres 1922 festgesetzt worden waren. Wer also für das ganze Jahr 1922 eine Einkommensteuer von 400 000 M. zu zahlen hatte, hat am 15. August als Vorauszahlung für ein Quartal 40 Millionen Mark zu entrichten. Die Vorauszahlungen auf die Körperschaftsteuer sind in demselben Maße erhöht worden. Für den Fall, daß die Geldentwertung weiter fortschreiten sollte, ist das Reichsfinanzministerium ermächtigt, an den folgenden Vorauszahlungsterminen die Vorauszahlungen abermals der Geldentwertung anzupassen. Die nächsten Vorauszahlungstermine sind außerdem um mehr als je einen Monat auf den 5. Oktober und den 5. Januar vorverschoben worden. Damit ist nicht nur eine einmalig wirkende Steuer erschlossen worden, sondern es sind zugleich dem Reich laufende Einnahmen eröffnet, die mit der Geldentwertung mitgehen.

Im Zusammenhang hiermit steht die Rhein- und Ruhrabgabe. Die zur Vorauszahlung verpflichteten Einkommensteuerpflichtigen und diejenigen hochbezahlten Lohn- und Gehaltsempfänger, die im Jahre 1922 ein Einkommen von mehr als einer Million Mark hatten (Fabrikdirektoren, Bankdirektoren) haben an den nächsten drei Vorauszahlungsterminen das Doppelte der Vorauszahlungen auf Einkommensteuer als Abgabe zu entrichten. Dasselbe gilt für die Körperschaftsteuerpflichtigen. Auch hier ist nicht nur ein einmaliges Steueraufkommen am 25. August erschlossen worden; sondern für den 5. Oktober und den 5. Januar 1923 ein der jeweiligen Geldentwertung angepaßtes Steueraufkommen.

Neben diesen Gesetzen ist ein besonderes Gesetz über die Besteuerung der Betriebe

in Handel und Industrie und Landwirtschaft ergangen, das für die nächsten 6 Monate den Betrieben eine wertbeständige Steuer auferlegt. Das Gesamtaufkommen dieser Betriebssteuer wird auf 840 Millionen Goldmark geschätzt. Auch hier handelt es sich für die nächsten 6 Monate um eine laufende Steuer.

Eine einmalige Steuer dagegen ist die Kraftfahrzeugsteuer,

deren Höhe nach den Sätzen vom 1. September jetzt auf 60 Billionen Papiermark berechnet werden kann.

Aus diesen Steuern werden im Laufe des nächsten Monats rund 200 Billionen Papiermark Steueraufkommen erwartet. Die laufenden Steuern in Form der Lohnsummensteuer und der Goldabgabe der Landwirtschaft dürften pro Monat etwa 90 Millionen Goldmark bringen. Damit ist ein ernsthafter Versuch zum Ausgleich des Reichsbudgets unternommen worden. Im großen und ganzen sind die Steuerforderungen des sozialdemokratischen Finanzprogramms erfüllt worden, auch die Forderungen für die rasche Einziehung der Steuern. Die Fristen für die Fälligkeit der indirekten Steuern sind verkürzt worden, ein Steuerzinsgesetz soll der böswilligen Verzögerung der Steuerzahlungen entgegenwirken. Eine Verordnung des neuen Finanzministers bestimmt, daß für verzögerte Steuerzahlungen das vierfache für je einen halben Monat als Strafzuschlag zu entrichten ist.

Auch in der Richtung der in unserem Programm aufgestellten zweiten Gruppe der Forderungen, die sich auf die Schaffung einer wertbeständiger Anleihe des Reiches beziehen, sind Fortschritte gemacht worden. Eine Goldanleihe im Gesamtwert von 500 Millionen Goldmark wurde aufgelegt. Eine Zinsgarantie wurde durch die Ermächtigung für die Regierung geschaffen, Zuschläge zur Ver-

mögenssteuer zu erheben. Damit ist namentlich für den Verkehr mit der Landwirtschaft ein wertbeständiges Zahlungsmittel geschaffen. Die Arbeiterschaft hat endlich die lang-ersehnte wertbeständige Sparmöglichkeit erhalten.

Das sind die bisher erreichten Maßnahmen. Ihre Auswirkung muß abgewartet werden. Mit Recht überschreibt die „Frankfurter Zeitung“ einen Artikel über die Wirkung dieser Maßnahmen „In Erwartung“. Noch läßt sich kein ganz klares Bild über ihre unmittelbare Wirkung gewinnen. Aber der Weg ist beschritten und er muß weitergegangen werden, wenn der Erfolg gesichert sein soll. Für sich allein sind die bisher erzielten Erfolge nur Teilerfolge. Den Weg aus der Not endgültig eröffnen kann aber nur ein Gesamterfolg.

★

Noch sind wesentliche Punkte des Finanzprogramms der sozialdemokratischen Partei unerfüllt. Das Währungsproblem in seiner Gesamtheit ist durch die Steuermaßnahmen nur von der einen Seite her angefaßt worden. Es muß ergänzt werden durch entsprechende Maßnahmen von der währungspolitischen und von der kreditpolitischen Seite her. Das SPD-Programm forderte dafür: Stützung der Währung, Aufbringung eines Devisenfonds aus den Devisenmitteln der Wirtschaft, Heranziehung der Wirtschaft auf dem Wege der Belastung durch Goldhypothek. Ansätze zur Durchführung dieser Maßnahmen sind bereits gegeben durch die Stützungsvorläufe, die inzwischen unternommen worden sind und durch den Versuch, durch die Goldanleihe Devisen für das Reich verfügbar zu machen. Aber schon jetzt läßt sich erkennen, daß das Reich nicht zu einem ausreichenden Devisenfonds gelangen wird, wenn es nicht die Freiwilligkeit der Devisenbesitzer zum mindesten durch die Drohung staatlichen Zwangs ge-bührend unterstützt. Dazu ist die

Belastung des Sachwertbesitzes

eine zentrale Forderung, ohne deren Erfüllung in der einen oder anderen Form alle Rettungsversuche schließlich scheitern müssen. In den Verhandlungen der Koalitionsparteien und weiter auch im Plenum des Reichstags ist ein prinzipieller Entschluß, an die Belastung der Sachwerte heranzugehen, bereits gefaßt worden. Bei diesem prinzipiellen Beschluß darf es nicht sein Bewenden haben. Er muß rasch zu Gesetzen verdichtet und energisch in die Praxis umgesetzt werden.

Zur Ergänzung dieser Maßnahmen ist die gründliche Aenderung der Kreditpolitik der Reichsbank

notwendig. Der Sinn der bisherigen Kreditpolitik der Reichsbank ist, die Kaufkraft der Besitzer der Produktionsmittel und der Schuldner durch Papierkredite künstlich zu stärken gegenüber der Kaufkraft der anderen Klassen der Bevölkerung. Diese Kreditpolitik bedeutet eine direkte Gegenwirkung gegen die beabsichtigte staatliche Finanzpolitik, wie auch gegen den sozialen Sinn dieser Finanzpolitik. Die Gegenwärtigkeit der Reichsbankpolitik und der staatlichen Finanzpolitik tritt in diesen Tagen ganz klar hervor. Ohne die Beseitigung des bisherigen Systems in der Reichsbank werden alle Maßnahmen zur Stützung der deutschen Währung zur Erfolglosigkeit verurteilt sein. Wird das System Havenstein nicht sofort geändert und werden die vorgeschlagenen Maßnahmen nicht gleichzeitig ergriffen, so wird jede einzelne von ihnen nur einen Teilerfolg erreichen. Jeder Teilerfolg aber muß ins Gegenteil eines Erfolgs umschlagen, solange auf den noch nicht in Angriff genommenen Gebieten dem Ziele entgegengearbeitet wird.

Mit Energie und Unerbittlichkeit muß deshalb die neue Finanzpolitik auf allen Linien, die das SPD-Programm aufgezeigt hat, vorwärtsgetrieben werden. Jeder Widerstand, den einzelne Interessentengruppen dieser Politik entgegensetzen, muß im Interesse der Rettung des Ganzen gebrochen werden. Jedes Anhalten auf dem Wege, der uns aus der Not führen soll, kann unsere Lage nur verschlimmern und uns endgültigem Zusammenbruch preisgeben. Hinter der neuen Finanzpolitik muß die ganze politische Kraft der Arbeiterklasse stehen und die Erkenntnis, daß es keinen anderen Weg aus der Not gibt. Gelangen wir auf diesem Wege nicht aus der Not heraus, so ist die Folge das Chaos und der Bürgerkrieg. Daran mögen die herrschenden Klassen denken.

Dollar 4600 000.

Der Kampf um die Währung.

SPD. Das Reichskabinett beschäftigte sich am Sonnabend nachmittag in einer mehrtägigen Sitzung mit den zu ergreifenden finanz- und währungspolitischen Maßnahmen. Die Beratungen werden am Montag nachmittag fortgesetzt und jedenfalls zum Abschluß gebracht werden.

Die Reichsregierung ist sich klar darüber, daß mit aller Entschiedenheit durchgegriffen werden muß, wenn die Katastrophe vermieden werden soll. Nicht zuletzt hat die erst jetzt wieder von der Schwereindustrie eingekommene Haltung auch diejenigen zu der Überzeugung gebracht, die bisher noch auf Zwangsmaßnahmen glaubten verzichten zu können. Befanntlich wurde noch unter der alten Regierung mit der Industrie die Vereinbarung zur Ablieferung eines beträchtlichen Devisenbetrages für die Bildung eines Devisenfonds getroffen. Aber auch jetzt hält die Schwereindustrie ihre Verpflichtungen nur zum Teil ein und versucht nach wie vor, ihre Spekulationsinteressen auszuspielen. Es wird u. a. behauptet, daß sie die schon abgelieferten Devisen zum Teil aus Papiermarkkrediten der Reichsbank gezahlt hat, die natürlich von Herrn Havenstein immer wieder gegeben werden. Darüber hinaus soll ferner beobachtet worden sein, daß Goldschmelze, die der Industrie für abgelieferte Devisen ausgehändigt wurden, wieder verkauft worden sind und mit dem Erlös Devisen zurück erworben wurden. Nimmt dieser Zustand seinen Fortgang, dann ist mit einem vollkommenen Fehlschlag der neu eingeleiteten Intervention zu rechnen, jedoch jetzt entscheidende Maßnahmen mit aller Rücksichtslosigkeit und Schärfe durchzuführen werden müssen.

Wir müssen endlich zu stabilen Währungsverhältnissen kommen, da sonst in absehbarer Zeit der Kampf aller gegen alle unvermeidlich ist. Erst in diesen Tagen wurde wieder eine Befehlsbefreiung der Beamten in einem gewaltigen Ausmaße vorgenommen, ohne jedoch bisher von der Deckung zu sprechen. Wir sind immer für eine angemessene Bezahlung der Beamten, Angestellten und Arbeiter eingetreten und vermehren niemandem auch die jetzt zugestanden Mittel. Aber was ist auf die Dauer der Staatsbediensteten, besonders aber dem Volke damit gebietet, wenn fortgesetzt ungeheure Beträge bewilligt werden, die z. B. jetzt den größeren Teil der neu beschlossenen Steuern aufweisen, ohne daß neue Deckung dafür vorhanden ist. Bei dieser Wirtschaft muß die Inflationsselle trotz aller schönen Pläne gegen sie ihren Fortgang nehmen.

Wir erwarten, daß die neue Regierung schnellstens zu einer einheitlichen Aktion gegen die Katastrophe schreitet, wie sie von der Sozialdemokratie schon früher immer wieder gefordert worden ist. Dazu gehört vor allen Dingen aber auch, daß Herr Havenstein schnellstens verschwindet und die mit der Durchführung dieser Maßnahmen im Reichsfinanzministerium hauptsächlich zu betreuenden Beamten Männer sind, die mit ganzem Herzen ihre Arbeit verrichten. Zunächst müssen deshalb die deutschnationalen Staatssekretäre aus dem deutschnationalen Finanzministerium verschwinden.

Der alte Herr lebt!

SPD. Herr Havenstein sitzt immer noch im Reichsbankdirektorium. Das Ultimatum der Sozialdemokratie hat er, gestützt und aufgemuntert durch den deutschnationalen Herrn Helfferich, nicht zum Anlaß seines Rücktritts genommen. Es werden deshalb jetzt die notwendigen Schritte unternommen werden, um den Förderer deutschnationaler Interessen in der Reichsbank mit Schimpf und Schande davonzutreiben. Zunächst wird die sozialdemokratische Fraktion am Montag mit dem Reichskanzler über die Angelegenheit Rücksprache nehmen. Von dem Ausgang dieser Besprechung hängt es ab, ob der beabsichtigte Antrag auf sofortige Einberufung des Reichstags notwendig ist.

★

Für den wilhelminischen Geist und den Herr-im-Hause-Standpunkt, von dem das Direktorium der Reichsbank seiner ganzen Überlieferung gemäß noch befangen ist, ist ein Vorfall bezeichnend, der sich in der Zentrale der Reichsbank abgespielt hat. Am 15. August hat das Reichsbankdirektorium den Vorsitzenden des Betriebsrates, Großmann, fristlos entlassen. Das Kündigungs schreiben gibt als Grund an, daß Großmann am 10. August den Druck jenes berühmten Plakates zu verhindern gesucht habe, durch das die Reichsbank wahrheitswidrig der Berliner Bevölkerung einreden wollte, daß es ihr „durch den Streik der Buchdruckereiarbeiter — der Streik hatte gerade begonnen, als das Plakat in der eigenen Druckerei der Reichsbank in Druck gegeben war — nicht möglich sei, die notwendigen Zahlungsmittel bereitzustellen, insbesondere nicht möglich sei, die für die Arbeiter notwendigen Lohngehälter zur Auszahlung zu bringen.“ Ein zweiter Grund der Entlassung sollte darin bestehen, daß der Betriebsratsvorsitzende am 13. August, also in den Tagen der kommunistischen Generalkrawalle, den Reichsbankpräsidenten Havenstein aufgefordert habe, sofort sein Amt niederzulegen. In Wirklichkeit handelt es sich hier nur um gesuchte Gründe, um das längst unbecommene Mitglied des Betriebsrates endlich los zu werden.

Die Belegschaft der Reichsbank hat bereits Stellung zu dem Vorfall genommen und droht, den Rotendruck erneut einzustellen, wenn die Kündigung Großmanns nicht rückgängig gemacht wird. Der Reichsarbeitsminister sah sich deshalb schon am Sonnabend veranlaßt, einen Schlichtungsversuch zu machen. Eine endgültige Entscheidung wird für Montag erwartet. Der ganze Vorfall ist ein Beweis mehr dafür, daß Havenstein so rasch wie möglich verschwinden muß.

